

Die Wirtschaftssanktionen der EU verschärfen den NATO-Kriegsplan gegen Russland

In krimineller Weise schaffen die NATO-Aggressoren für Russland eine Situation, in der das Wasser langsam zum Kochen gebracht wird.



24. April 2026 | Editorial

Die EU hat diese Woche ihre 20. Runde wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland angekündigt. Der 27-Staaten-Block verhängte erstmals Sanktionen gegen Moskau, als im Februar 2022 der Konflikt in der Ukraine ausbrach. Alle sechs Monate verlängert die EU diese wirtschaftlichen Maßnahmen, die laut Brüssel der Unterstützung der Ukraine dienen, um „russische Aggressionen abzuschrecken“.

Die in dieser Woche vorgestellte 20. Sanktionsrunde zielt darauf ab, der russischen Wirtschaft noch größeren Schaden zuzufügen. Sie wurde als das bislang umfangreichste Paket und als „vielschichtige Ausrichtung auf Schlüsselsektoren“ der russischen Wirtschaft, vor allem deren Energiewirtschaft, bezeichnet.

Es ist verlockend, die Sanktionspolitik der EU als wirkungslos und als eine Form von Wahnsinn abzutun. Die Union wiederholt immer wieder dieselbe Maßnahme und erwartet jedes Mal ein anderes Ergebnis, obwohl die Erfahrungen zeigen, dass die Sanktionen kaum negative Auswirkungen auf Russland haben. Wenn überhaupt, dann ist es die EU, die einen wirtschaftlichen Einbruch erlitten hat, da sie sich einseitig von russischem Öl und Gas abgeschnitten hat – den traditionellen Quellen für erschwingliche Energierohstoffe für die europäische Industrie.

Russlands Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen, wie es erwartet wurde, als die Sanktionen vor mehr als vier Jahren erstmals verhängt wurden. Tatsächlich hat die Russische Föderation eine robuste Wirtschaftsleistung aufrechterhalten, da sie in Asien alternative Märkte für ihre Öl- und Gasprodukte gefunden hat. Der aufgrund der rücksichtslosen US-amerikanisch-israelischen Aggression gegen den Iran in die Höhe schießende Preis für ein Barrel Rohöl hat Russland einen weiteren Schub verliehen.

Es wäre jedoch ein Fehler, die EU-Sanktionen einfach als sinnlos und kontraproduktiv abzutun.

Die neue Sanktionsrunde hat einen noch offensichtlicheren und bedrohlicheren Aspekt. Brüssel legt seine Kriegsagenda unverhüllt offen. Die neuen Maßnahmen zielen darauf ab, alle Bereiche der russischen Energieproduktion einzuschränken, einschließlich „Exploration, Förderung, Raffination und Transport“. Die EU bemüht sich, die Beschränkungen für „Drittländer“ zu verschärfen, um zu verhindern, dass Russland bestehende Embargos in den Bereichen Schifffahrt, Hafenzugang und Handel umgeht. Ob diese neuen Maßnahmen ihr Ziel, „die russische Wirtschaft lahmzulegen“, erreichen, ist fraglich.

Aber es ist die kriegerische Absicht – die nun mit größerer Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht wird –, die von Bedeutung ist. Die EU legt unverhohlen einen Plan vor, Russland zu strangulieren, und verschärft gleichzeitig die militärische Bedrohung.

Es sind die damit einhergehenden Entwicklungen, die bedrohlich sind und den wirtschaftlichen Maßnahmen ihre volle Bedeutung verleihen.

Diese Woche begrüßte die EU, dass ihr 90-Milliarden-Euro-Kredit (105 Mrd. \$) an die Ukraine endlich genehmigt worden war. Diese Finanzhilfe war seit Dezember von Ungarn blockiert worden. Doch nach der jüngsten Wahlniederlage der Regierung von Viktor Orbán wurde das Veto Budapests unter dem neuen Ministerpräsidenten Péter Magyar aufgehoben. Die EU-Staats- und Regierungschefs zeigten sich begeistert, dass die Finanzhilfe an die Ukraine nun erfolgen kann.

Zwei Drittel des EU-Kredits – rund 60 Mrd. Euro – sind Berichten zufolge für Militärhilfe vorgesehen. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, erklärte, dass die erste Tranche in Höhe von 45 Mrd. € innerhalb weniger Wochen an die Ukraine überwiesen werde und dass diese Mittel zur Steigerung der Produktion von Kampfdrohnen verwendet würden. „Drohnen aus der Ukraine für die Ukraine“, sagte sie, um den Eindruck zu erwecken, dass die EU nicht an dem Krieg beteiligt sei.

Über den zweitägigen EU-Gipfel, der am 24. und 25. April auf Zypern stattfand, wurde in feierlicher Stimmung berichtet. Von der Leyen und der Präsident des EU-Rates, Antonio Costa, sowie die EU-Außenkommissarin Kaja Kallas waren hochofrendlich über den „Durchbruch“, das bislang größte Einzel-Finanzpaket für die Ukraine freizugeben, verbunden mit neuen Wirtschaftssanktionen, die darauf abzielen, Russlands wirtschaftliche Kernbereiche zu treffen. An dem Gipfeltreffen in Zypern nahm auch der nominelle Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selensky, teil, der Berichten zufolge mit den EU-Staats- und Regierungschefs zu Abend aß, um die neuesten Entwicklungen zu besprechen.

Es wird noch bedrohlicher. Das Regime in Kiew hat seine tiefgreifenden Luftangriffe auf russische Energie- und andere Industrieinfrastrukturen verstärkt. Es besteht kein Zweifel daran, dass das

Regime bei der Suche nach solch weitreichenden Zielen auf dem riesigen Territorium Russlands durch NATO-Fachwissen unterstützt wird. Diese Woche traf beispielsweise ein Drohnenangriff eine Industrieanlage in Nowokujbyschewsk in der zentralrussischen Region Samara, fast 900 Kilometer südöstlich von Moskau und fast 2.000 Kilometer vom Kriegsgebiet im Donbass entfernt.

Es ist offensichtlich, dass die wirtschaftlichen Sanktionen der EU darauf abzielen, den Schaden zu verstärken, den die NATO mit Drohnen und Raketen an der industriellen Basis Russlands anzurichten versucht. Dabei handelt es sich nicht um separate Initiativen, sondern um eine ganzheitliche Kriegsstrategie.

Bei der Ankündigung der jüngsten Sanktionsrunde konnte Kaja Kallas ihre russophobe Schadenfreude kaum verbergen. „Heute haben wir den Stillstand durchbrochen. Zusätzlich zu dem 90-Milliarden-Euro-Kredit für die Ukraine haben wir das 20. Sanktionspaket verabschiedet“, sagte sie. Täuschenderweise wurden die Sanktionen damit begründet, „den Druck auf Russland zu erhöhen, seinen brutalen Angriffskrieg zu beenden und in sinnvolle Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden einzutreten“.

Das ist ein zynischer Schwindel – ein Schwindel, der durch das von der EU selbst erklärte Ziel, die russische Wirtschaft „lahmzulegen“, entlarvt wird. Wie kann man einen „gerechten und dauerhaften Frieden“ erreichen, indem man ein Land lahmlegt?

Der wahre Zweck der Gelder, die die EU-Bürger durch jahrzehntelange Verschuldung aufbringen müssen, besteht darin, den Krieg der NATO in der Ukraine gegen Russland zu eskalieren. Die Wirtschaftssanktionen sind Kriegsmaßnahmen, die darauf abzielen, die Wirkung militärischer Angriffe zu maximieren.

Andere Entwicklungen in dieser Woche lassen die Lage auf ein noch bedrohlicheres Niveau steigen: Der französische Präsident Emmanuel Macron und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erörterten bei einem bilateralen Gipfeltreffen in Danzig gemeinsame „Szenarien“ im Zusammenhang mit Atomwaffen. Der französische Staatschef möchte die nuklearen Fähigkeiten seines Landes mit anderen europäischen Ländern teilen. Es wird berichtet, dass französische und polnische Kampfflugzeuge gemeinsame Übungen zum Einsatz von Atomwaffen im Ostseeraum beginnen werden. Dies ist offensichtlich als Drohung gegenüber Russland gedacht. Es läuft darauf hinaus, dass Paris und Warschau Trainingsübungen für Atomschläge gegen Russland durchführen.

In einer weiteren provokativen Entwicklung wird berichtet, dass Großbritannien eine gemeinsame NATO-Expeditionstreitmacht anführt, um einen Marineplan zur Blockade der russischen Enklave Kaliningrad zwischen Polen und Litauen auszuarbeiten. Kaliningrad bietet Russland einen lebenswichtigen Zugang zur Ostsee.

Die europäischen NATO-Führer befürchten, dass US-Präsident Donald Trump aufgrund seines rücksichtslosen Krieges gegen den Iran das Interesse am „Ukraine-Projekt“ gegen Russland verloren hat. Deshalb verstärken sie ihre Kriegsanstrengungen gegen Russland, während sie unverhohlenen Lügen darüber verbreiten, sie wollten „dauerhaften Frieden“ erreichen. Bislang waren die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland ein kläglicher Fehlschlag. Doch das Scheitern der wirtschaftlichen Maßnahmen ist nicht mehr der springende Punkt. Es geht vielmehr darum, was sie über einen sich verschärfenden NATO-Kriegsplan gegen Russland offenbaren.

Moskau hat wiederholt eine Verhandlungslösung für den Konflikt gefordert, während die EU und die NATO dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vorwerfen, „keinen Frieden zu wollen“.

Jeder kann sich selbst ein Bild davon machen, wer die Aggressoren sind. Die NATO befindet sich im Krieg mit Russland und ist nicht an Verhandlungen interessiert. In krimineller Weise schaffen die NATO-Aggressoren für Russland eine Situation, in der das Wasser langsam zum Kochen gebracht wird. Die russophoben europäischen Politiker scheinen um jeden Preis einen Krieg zu wollen.